

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. - Die nächste Rednerin ist Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon etwas merkwürdig, alle diese Punkte unter der Überschrift dieses Tagesordnungspunktes miteinander zu diskutieren. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war und ist positiv. Die Arbeitslosigkeit geht zurück - auch in Nordrhein-Westfalen. Wir hoffen alle, dass das so weitergeht.

Die Regierung hat in den letzten Wochen, speziell Frau Ministerin Thoben, starke Signale ausgesandt. Der Ministerpräsident verspricht zu Neujahr, 2008 werde ein gutes Jahr. Er verspricht Aufschwung für alle. Vielen Dank, dass Sie unseren SPD-Slogan weiterverwenden.

(Beifall von der SPD)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Die Wirtschaftsministerin sagte am 14. Januar, die Wirtschaft in NRW sei in Bestform, und die Landesregierung beantragte letzte Woche diese Unterrichtung zum Thema „Starkes Wachstum - Chancen für alle. Zur Lage der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen“. Am selben Tag kam die Bekanntgabe über den Nokia-Rückzug. Wir haben damals gehofft - das gebe ich zu -, dass das ein Einzelfall, ein Ausrutscher ist. Dann kamen die Nachrichten der WestLB hinzu. Das hat unsere Sorgen um Nordrhein-Westfalen und die Zukunft verstärkt, Sorgen um die Kontinuität, um die Tragfähigkeit des Aufschwungs in diesem Land.

Die Nachrichten an den internationalen Börsen, die Korrekturen bei den Wachstumsprognosen zeigen: Wir dürfen eben nicht übermütig werden, wir dürfen nicht eine Überschrift nach der anderen produzieren, wir müssen die Risiken ernst nehmen.

Schauen wir uns die Zahlen einmal etwas genauer an. Man sollte nicht immer alles zu rosig malen, Frau Ministerin. Der Aufschwung kommt unten nicht an. Die Reallöhne, die realen Einkommen sinken. Das sind Fakten, die auf dem Tisch liegen.

(Beifall von der SPD)

Es stimmt auch nicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung ungetrübt ist. Der Ifo-Geschäftsklimaindex für Nordrhein-Westfalen ist im Dezember bereits eingetrübt. Der NRW-MIX-50-Index, an der Börse in Düsseldorf gelistet, ist innerhalb eines Monats um 20 % gefallen.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns die Arbeitslosenzahlen in den Ländern etwas genauer an. Ich habe die Daten der Bundesagentur für Arbeit vorliegen: Im Vergleich der Veränderung vom Dezember 2006 zu Dezember 2007 liegen wir in Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von 14,5 % im unteren Mittelfeld. Der Durchschnitt in Westdeutschland liegt immerhin bei minus 16,5 %. Alles das, Frau Ministerin, ist meiner Meinung nach kein Grund zu einer Jubelarie, so wie Sie das heute Morgen verkündet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Punkt ist, dass man weiterhin hart arbeiten muss, gerade als Regierung, die in diesem Land Verantwortung trägt. Beim Fall Nokia hat sich gezeigt, dass Sie offensichtlich keinen wirtschaftspolitischen Seismografen haben, der Vorbeben erkennt. Ich kann mich sehr gut an die Vergangenheit erinnern, Frau Ministerin Thoben. Wir haben regelmäßig Gespräche mit Nokia geführt. In früheren Jahren war ich zum Teil persönlich daran beteiligt. Wir haben gewusst, wenn Entwicklungen in Probleme münden. Sie aber sind an dem Tag informiert worden. Das ist Ihr Problem: Sie reden nicht mit den Unternehmen, nicht einmal mit dem Unternehmen, das der größte Subventionsempfänger in diesem Land ist. Das ist das, was wir bemängeln, Frau Ministerin.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Unruhe bei der CDU)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören wollen. Aber man verlässt sich offensichtlich darauf, dieses Land mit guten Überschriften schon in eine gute Zukunft zu kriegen, und es werden nicht die erforderlichen Gespräche geführt. Das müssen wir hier feststellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben uns schon vor Monaten erklärt, dass der Strukturwandel beendet ist. Aber es ist klar, Frau Ministerin: Wenn Sie den für beendet erklären, müssen Sie natürlich auch mit niemandem mehr reden. Das ist doch das Problem Ihrer Politik.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Landesregierung muss eine aktive Strukturpolitik betreiben. Sie brauchen ein Krisenmanagement. Das fehlt. Gehen wir doch mal auf die EU-Förderung, auf die neue Konzeption, auf die Ziel-2-Mittel ein! Sie haben sich doch entschieden, diese Mittel komplett in den Wettbewerb zu geben. Sie haben die 10 %, von der EU für solche Fälle vorgesehen, nicht zurückbehalten. Deshalb konnten Sie bei BenQ nicht helfen, und noch immer ist heute die Hälfte der Menschen auf der Straße, weil Sie nicht aktiv mitgeholfen haben.

(Beifall von der SPD)

Dass wir nicht alleine dieser Meinung sind, können Sie den Zeitungen entnehmen. In der „Rheinischen Post“ vom 22. Januar ist die höchst interessante Kritik des Wirtschaftsexperten Prof. Ferdinand Dudenhöffer an die Adresse der Landesregierung zu lesen:

„Die“

– er meint die Landesregierung –

„kommt immer nur dann, wenn es brennt' ... Was fehle sei ein überzeugendes Standortkonzept mit der notwendigen Vernetzung von Forschung und Infrastruktur. ‚Da ist seit der schweren Opel-Krise vor drei Jahren nichts passiert' ...“

So ein anerkannter Wirtschaftsexperte. Ich finde, dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir fragen nachhaltig und immer wieder auch in diesem Raum: Wo sind Ihre Konzepte? Wo sind die Konzepte für den Standort BenQ in Kamp-Lintfort? Wie geht es dort voran? Wo sind Ihre Konzepte für die Kohlerückzugsgebiete? Ich fürchte, auch für Bochum werden Sie keine Konzepte haben.

Wir gehören nicht zu denen, die diesen Standort schlechtreden. Nein, das tun wir nicht. Das war Ihre Rolle im letzten Wahlkampf; daran kann ich mich noch verdammt gut erinnern, Frau Ministerin. Sie haben dieses Land nachhaltig schlechtgeredet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir wissen, dass am Standort Bochum und an den anderen Standorten viel Gutes entwickelt wird, dass es dort vorangehen kann. Aber mit Ihrer Konzeption der Verteilung der EU-Fördermittel in einem Wettbewerb, der über das ganze Land verteilt wird, werden Sie diese Ziele nicht erreichen können. Das ist das Problem, das wir faktisch vor uns sehen.

(Beifall von der SPD)

Keine Konzepte für BenQ, keine Konzepte für Kohlerückzug und wahrscheinlich auch keine wirklichen Konzepte für Nokia – wir warten ab. Ein Plan für die Wirtschaftspolitik, eine Vorstellung von der Zukunft des Landes – wir können nichts entdecken. Da muss sich etwas ändern, Frau Ministerin.

Kommen wir zu Nokia! Nokia ist eine neue Dimension einer Wirtschaftsentscheidung von einer Härte, die wir bisher in diesem Land nicht gekannt haben. Ein Standort, der Gewinne macht, wird von heute auf morgen zugemacht – eiskalt und offensichtlich ohne jede Bewegung.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Dieses Vorgehen dürfen wir alle nicht dulden, und es darf nicht Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen sein. Wir haben es auch nicht dazu gemacht. Vielmehr ist es richtig und wichtig, dass wir alle an der Seite der Beschäftigten in Bochum stehen, nicht nur an der Seite derjenigen, die in der Produktion arbeiten, sondern auch derjenigen, die in Forschung und Entwicklung tätig waren und leider mitbetroffen sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, heute ist der richtige Zeitpunkt, noch mal deutlich zu sagen: Dieses Unternehmen muss sich im Klaren darüber sein, was hier gerade passiert. Sie unterschätzen wohl die Wirkung in der Bevölkerung, die Wirkung in unserer Gesellschaft. Für die Menschen ist das Maß voll. Das Fass ist übergelaufen. So eine marktradikale Vorgehensweise wird in diesem Land nicht geduldet.

(Beifall von der SPD)

Die gestrige Demonstration hat das gezeigt. Mehr als 20.000 Einträge auf unserer Internetseite zeigen das. Die Menschen wollen so etwas nicht. Sie wollen eine soziale Marktwirtschaft und keine radikale Marktwirtschaft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Andreas Krautscheid: Tolle Erkenntnis!)

– Hier ist schon der Raum, auch für die Beschäftigten eine Botschaft zu senden, Herr Minister. Es geht nicht um neue Erkenntnisse, es geht um Solidarität, auch in einer solchen Aktuellen Stunde hier im Haus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber ebenfalls wichtig ist, dass diese Solidarität nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft ist und wir nachhaltig an der Seite der Beschäftigten stehen.

BenQ ist da ein mahnendes Beispiel – ich sage das noch mal –: Nach anfänglicher verbaler Solidarität sind konkrete Taten, aktive Hilfen ausgeblieben. Das ist in der Region nachhaltig bemerkt worden, und aus dieser Nummer kommen Sie auch nicht raus.

Es reicht für eine Landesregierung nicht, Solidaritätsadressen auszusprechen. Vor Ort wird ein Plan, eine Strategie zum Umgang erwartet. Die Prüfung von Rückzahlungsansprüchen ist richtig und wichtig. Davon wird sich Nokia aber nicht beeindrucken lassen, wenn man auf die Bilanzzahlen schaut. Wie wollen Sie diesen Druck aufbauen? Dazu habe ich heute wenig gehört.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gar nicht!)

Der zweite Punkt, der im Zusammenhang mit Nokia diskutiert wird, ist die Frage der Subventionen. Ich sage auch in diesem Raum – das ist für Sie nichts Neues –: Subventionen sind nicht generell des Teufels. Wir stehen dazu, dass wir dieses Werk hierhergeholt haben. Das waren wichtige Arbeitsplätze in der Region, und es war gut, dass wir gerade Un- und Angelernte dort in Beschäftigung bringen konnten.

(Beifall von der SPD)

Eines bitte ich ebenfalls zu berücksichtigen: Strukturschwächere Gebiete – dort, wo Strukturwandel zuschlägt – brauchen eine aktive Unterstützung. Das hat gestern sogar Bun-

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

deskanzlerin Merkel in den Interviews gesagt. Vielleicht sollten Sie mit der mal Rücksprache nehmen. Diese Region kann man nicht alleine lassen.

(Beifall von der SPD)

An den Subventionen für Nokia – auch das dürfen Sie bitte nicht vergessen – waren CDU und FDP, Herr Kollege Papke, im Bund genauso mitbeteiligt wie SPD und Grüne in NRW. Diese Hilfe war richtig, und sie war zielführend. Sie sollten dazu stehen, statt jetzt eine theoretische Debatte darüber zu führen, um von Ihrer Konzeptionslosigkeit abzulenken. Das ist doch die Absicht, die dahintersteht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zur WestLB! Herr Ministerpräsident, ich hätte von Ihnen eine Erklärung zur WestLB erwartet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben Ende letzten Jahres diese Bank zur Chefsache erklärt. Dann hätten Sie heute den Mumm haben können, hier auch den Kopf dafür hinzuhalten. Das kann man von einem Regierungschef in Nordrhein-Westfalen erwarten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Chef ohne Kopf!)

Die WestLB ist immer mehr ins Rutschen geraten. Immer wieder haben wir Sie auf die Risiken der Bank für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für den Bankenplatz NRW mit Düsseldorf und Münster hingewiesen.

Immer wieder haben Sie das als Stimmungsmache und Schwarzmalerei der SPD abgetan. Und wir waren sehr zurückhaltend, weil wir wissen, dass es darum geht, dass man diese Bank nicht kaputt redet. Wir als Opposition haben sehr verantwortungsvoll in den letzten Monaten kommuniziert.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Für uns ist und bleibt wichtig, dass diese Bank als starke Bank in Nordrhein-Westfalen bleibt. Doch die Sprache der Zahlen ist eine andere. Die Wahrheit ist: Im Herbst war es laut Minister Linssen noch ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag, über den wir damals reden sollten. Jetzt liegt der Konsolidierungsbedarf schon bei circa 2 Milliarden €. Wenn ich heute in den Zeitungen lese, dass der Vorsitzende des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes jetzt schon sagt, das werde nicht ausreichen, erwartet der Landtag von Nordrhein-Westfalen von Ihnen, dass Sie Daten und Fakten auf den Tisch legen: Schluss mit der Salamtaktik!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und wir bleiben bei unserem Vorwurf, dass Sie wertvolle Zeit verloren haben. Ja, das ist so! Sie haben wertvolle Zeit verloren mit Ihren politischen Taktierereien. Persönliche Machtspiele mit bzw. gegen Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Oettinger und den Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, Herrn Gerlach. Das ist nicht nur unser Urteil, sondern auch das Urteil der Presse. Dazu zitiere ich gern mit Erlaubnis der Präsidentin das „Handelsblatt“ vom 21. Januar 2008:

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

„Aber für die verlorene Zeit präsentieren die Kapitalmärkte jetzt die Rechnung. Bis zu 2 Milliarden € müssen die Eigentümer in die Bank pumpen ...“

Noch eindeutiger ist die „Stuttgarter Zeitung“ ebenfalls vom 21. Januar 2008:

Jetzt zeigt sich, wie verantwortungslos Rüttgers' Vorgehen gewesen ist. Eine vorausschauende Politik hätte darin bestanden, früh nach Lösungen zu suchen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist die Wahrnehmung da draußen. Sie entspricht natürlich nicht Ihrer eigenen Wahrnehmung, Herr Ministerpräsident.

Schuldhaftes Verzögern nennen so etwas die Juristen, wenn ich richtig informiert bin – als Hobbyjuristin.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Zeit wurde nicht genutzt, um tragfähige ...

(Anhaltende Zurufe)

Zeit ist verstrichen, die nicht genutzt wurde, um tragfähige Restrukturierungskonzepte für die strauchelnde WestLB zu entwickeln.

Der Vorwurf, Herr Ministerpräsident, den Sie in den Zeitungen in den letzten Tagen verbreiten, dass wir Sie sozusagen zum Betrug, zum Unterschlagen von Zahlen aufgefordert hätten, ist schon ziemlich hanebüchen, Herr Ministerpräsident.

(Gisela Walsken [SPD]: Unglaublich! Schwachsinn! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Angriff ist bekanntlich die beste Verteidigung, aber ein bisschen Substanz dabei wäre schon nett gewesen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieser Vorwurf ist absurd, und er ist lächerlich. Das wissen Sie auch.

(Beifall von der SPD)

Wenn es früher zu Verhandlungen gekommen wäre, wären Risiken früher aufgedeckt worden. Man hätte früher ein belastbares Zukunftskonzept entwickeln können. Da fehlt die Zeit, die Sie verloren haben! Sie haben sie verloren, weil Sie folgender Auffassung waren – ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 22. August 2007 –:

„Die Bank ist aber nach allem, was mir der neue Vorstandschef und der Aufsichtsratsvorsitzende gesagt haben, trotz der zu erwartenden Verluste nicht in einer Schieflage.“

(Lachen von der SPD)

„Wir meinen, für erfolgreiche Verhandlungen braucht man Alternativen.“

Das waren Ihre Worte. – Noch am 17. November haben Sie in der „Westfälischen Nachrichten“ gesagt: „Es gibt und gab nie einen Zeitdruck.“ Das haben Sie dort gesagt!

(Lachen von der SPD)

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Wir haben Ihnen damals gesagt: Die Zeit drängt. Führen Sie Verhandlungen mit denen, die verhandeln wollen! Niemals wurde nach unseren Informationen von einer Übernahme vonseiten der LBBW gesprochen.

(Lachen und Zurufe von der Regierungsbank)

Auch dazu müssen Sie uns die Daten und Fakten präsentieren; das hätte ich gern auf dem Tisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist überhaupt nicht die Frage, ob es die LBBW oder die Helaba ist, Herr Ministerpräsident.

(Widerspruch von der CDU)

Unser Anliegen war und ist es, dass es ein öffentlich-rechtliches Bankensystem mit starken Landesbanken auch in Zukunft in Deutschland gibt.

Sie hätten auch damals schon früher Verhandlungen mit anderen beginnen können. Sie hatten Alternativen, nach denen Sie suchen wollten. Angeblich standen die Privatbanken als Investoren von der Tür. Davon haben wir auch nie etwas gesehen.

Deshalb veröffentlichen Sie auch nicht Ihr Citibank-Gutachten, weil Sie es nicht auf den Tisch legen wollen. Das können wir hier konstatieren.

(Beifall und Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Bis heute – ich habe heute wieder nichts anderes gehört – haben wir nur unverbindliche Absichtserklärungen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Phrasen!)

Ob überhaupt und wann eine Fusion mit der Helaba zustande kommt, ist noch völlig unklar. Die „Financial Times“ vom 21. Januar 2008 sagt dazu – auch das zitiere ich –:

„... für das Geschäftsmodell der Zukunft gibt es nur eine vage Fusionsabsprache mit der hessisch-thüringischen Helaba.“

Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Konzept. Deshalb sind Sie auch heute nicht ans Rednerpult gegangen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber ein paar Daten und Fakten sind jetzt klar und liegen auf dem Tisch. Klar ist, dass die Steuerzahler die Zeche zahlen für die Risikostrategie dieser Bank. Das ist klar.

Klar ist auch, dass die Kommunen massiv leiden werden, weil sie von den Sparkassen weniger Ausschüttungen bekommen werden. In Bochum sind es – sie haben schon nachgerechnet – 12 Millionen €, die fehlen. Diese 12 Millionen € hätte die Stadt gern, um damit im sozialen Bereich, im Bildungsbereich und im frühkindlichen Bereich entsprechende Initiativen zu finanzieren. Das Geld wird den Kommunen an allen Ecken und Ende fehlen, insbesondere deshalb, weil in diesem Haus auch konstatiert werden muss, dass man den Kommunen durch Haushaltsentscheidung Geld genommen hat, das ihnen eigentlich zugestanden hätte. Das heißt: Diese Situation der Kommunen wird nochmals durch die Lage bei der WestLB verschärft.

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

(Beifall von der SPD)

Es ist zu befürchten, dass es als Nächstes viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WestLB treffen wird. Wir korrigieren es gerne noch einmal: Von den 1.500 Stellen hat damals Herr Fischer von der WestLB gesprochen und nicht wir.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Die Kollegen waren dabei. Das war keine Information, die sozusagen als unsere Schätzung herausgegangen ist. Wir werden sehen, wo wir am Ende auskommen. Sie haben heute gesagt: Der Abbau ist unumgänglich. – Wir werden beobachten, wie es weitergeht und wie Sie damit umgehen. Aber eines sage ich Ihnen auch – das sage ich in Richtung von Minister Laumann, auch wenn er nicht da ist. Er versucht eine Art Verschleierungstaktik.

(Minister Armin Laschet: Der ist da!)

– Entschuldigung.

(Zuruf von der SPD: Wo ist er denn? – Minister Armin Laschet: Er ist gerade einmal rausgegangen!)

– Das ist ja okay; das können Sie ihm dann ja sagen. – Er hat eine Art Verschleierungstaktik versucht.

(Helmut Stahl [CDU]: Das kann der gar nicht!)

Diese Verschleierungstaktik geht nicht auf. Es drohten – so macht er uns glauben – in diesen Tagen böse und gute Arbeitsplatzverluste. Wir lassen es nicht durchgehen, Herr Stahl,

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

dass der mögliche Jobabbau bei Nokia ein „Abbruch sehr rentabler Stellen“ ist – was stimmt –, während es bei den Jobs der WestLB „um eine Sanierung, um eine große Bank in NRW zu erhalten“ gehe. Das gegeneinanderzustellen, dient nicht diesem Land. Auch das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch hier ist die öffentliche Meinung eindeutig. Das „Handelsblatt“ vom 21. Januar schreibt – ich zitiere gerne:

„Während der Landesvater im Finnen-Bashing zu rhetorischer Höchstform auflief, brannte hinter ihm die eigene Hütte schon lichterloh. Denn bei der WestLB stehen jetzt Hunderte Jobs auf der Kippe, und hier trägt die Landesregierung als gewichtiger Eigentümer ein gerüttelt Maß an direkter Mitverantwortung.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, die Menschen haben Ihr doppeltes Spiel durchschaut. Die Doppelrolle als NRW-Chefbanker und als Sozialschauspieler ist enttarnt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Da das hier eine Unterrichtung der Landesregierung ist – das will ich zum Schluss zum Thema WestLB noch einfügen –, hätte ich von Ihnen an dieser Stelle zumindest gerne

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

schon einmal einen Eindruck gehört, wie Sie denn die Finanzierung aus dem Landeshaushalt sicherstellen wollen. Dazu hätte ich doch ein paar Informationen von Ihnen erwartet, Herr Minister, denn es geht hier um Steuermittel und um die Mittel, die die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes für diese Bank aufwenden können und aufwenden werden müssen,

(Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

die uns dann für andere wichtige Projekte nicht zur Verfügung stehen. Das wird die Diskussion sein, die da draußen in den nächsten Wochen hochbrandet. Aber Sie wissen es – wir beide haben auch darüber gesprochen: Wir als SPD in der Opposition werden diese Bank nicht kaputt reden. Wir werden mithelfen, diese Bank in eine gute Zukunft zu führen, weil sie wichtig ist für den Standort. Dabei bleiben wir auch.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Aber politisch muss man das kritisieren, was zu kritisieren ist, meine Herren, auch wenn Sie das nicht gerne hören. Dabei bleibe ich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Das müsste ein Kurswechsel sein!)

Meine Damen und Herren, ich halte zusammenfassend fest: Sie haben keinen Seismografen, der Vorbeben erkennt, kein Frühwarnsystem für wirtschaftliche Probleme.

(Ralf Jäger [SPD]: Und keine Ahnung!)

Sie haben keinen Plan, kein Konzept und keine Strategie für die Wirtschaftspolitik in NRW. Sie geben keine neuen Impulse. Sie haben kein belastbares Zukunftskonzept für die WestLB und keine erkennbare Verhandlungsstrategie gegenüber Nokia.

(Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

In Ihrer Wirtschaftspolitik verlassen Sie sich ganz auf das Prinzip Hoffnung. Das ist viel zu wenig für unser Land Nordrhein-Westfalen.

(Lang anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

